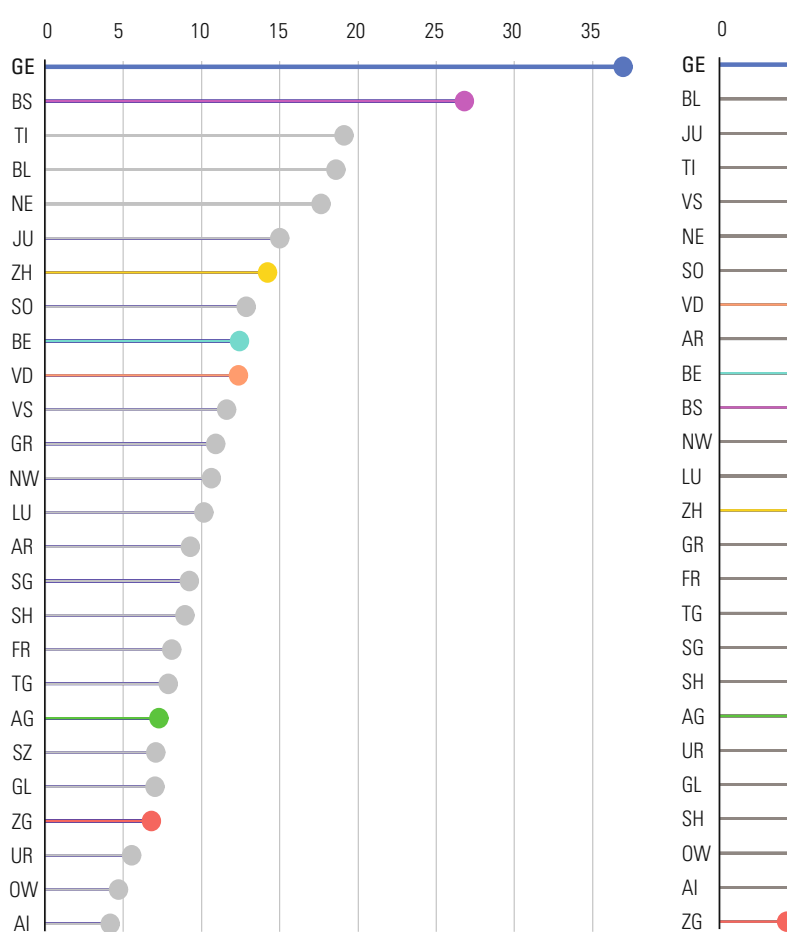
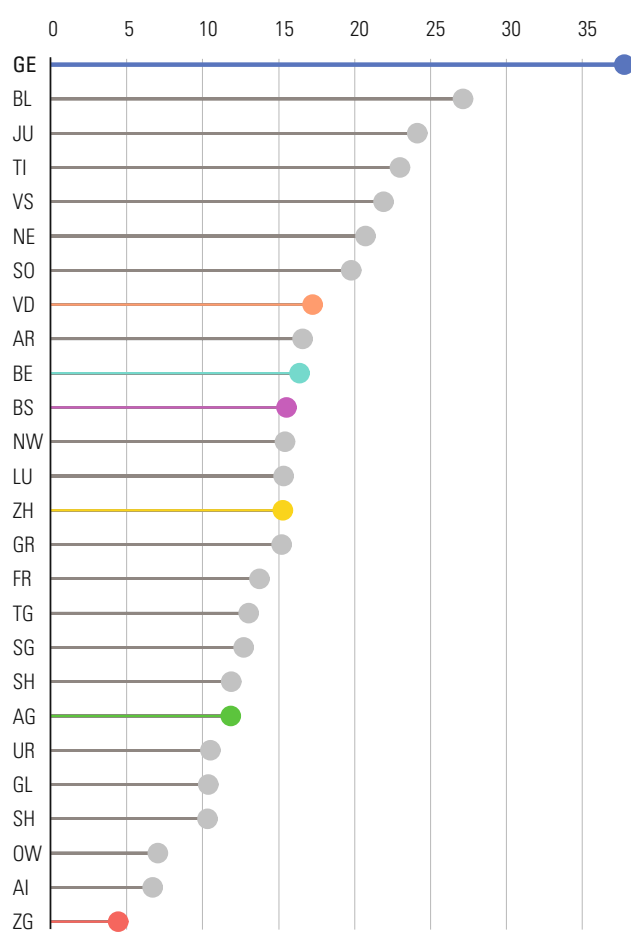


## Der Kanton Genf und seine Schulden

Die Genfer Bevölkerung hat am meisten Schulden  
Bruttoschulden pro Kopf (inkl. Gemeinden), 2016, in tausend Franken

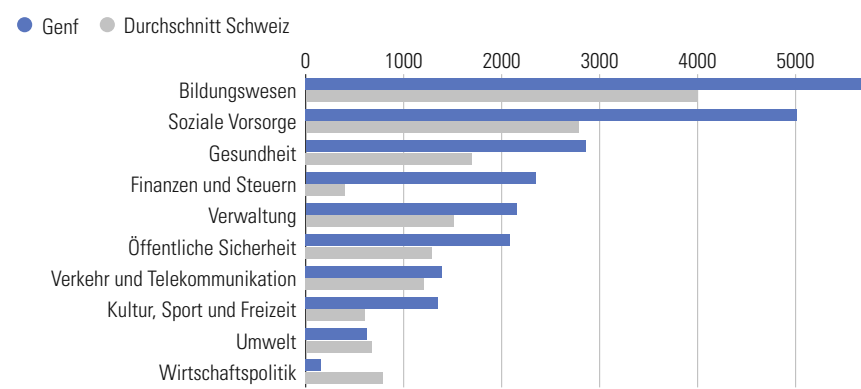


Genf hat die höchste Schuldenquote  
Bruttoschulden des Kantons (inkl. Gemeinden), in Prozent des BIP, 2016

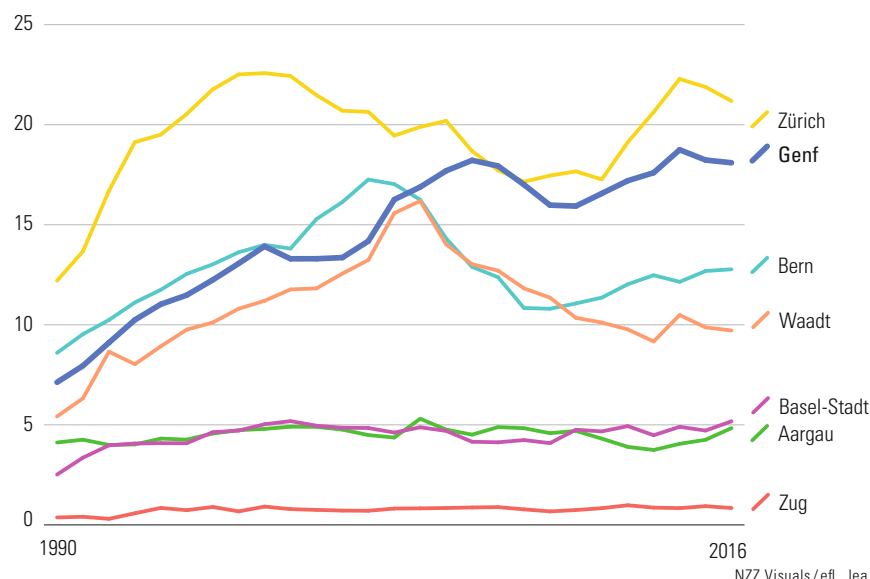


QUELLEN: EIDGENÖSSISCHE FINANZVERWALTUNG, FINANZVERWALTUNG GENÈVE, BUNDESAMT FÜR STATISTIK

Ausgaben des Kantons Genf (inkl. Gemeinden) für die verschiedenen Aufgabenbereiche  
In Franken pro Einwohner, 2015



Entwicklung der Bruttoschulden ausgewählter Kantone (inkl. Gemeinden)  
In Milliarden Franken



NZZ Visuals/eff., lea.

# Noch hilft Genf der Wirtschaftsboom

Der Westschweizer Kanton hat die landesweit höchsten Schulden – zwei Mammutprojekte dürften die Lage noch verschärfen

ANTONIO FUMAGALLI, GENÈVE

Die Griechen der Schweiz! In Bezug auf die Finanzpolitik haben sich die Westschweizer und der Kanton Genf im Besonderen schon einiges anhören müssen. Doch stimmt der Vergleich mit dem schwer verschuldeten Mittelmeerland? Und welche Faktoren müssen berücksichtigt werden? Ein Blick auf die Verschuldung des westlichsten Kantons der Schweiz soll Erklärungen fernab der Polemik liefern.

Fakt ist: Der Kanton Genf ist der am meisten verschuldete Kanton des Landes, wie Zahlen der Eidgenössischen Finanzverwaltung zeigen. Die plakative Aussage muss allerdings differenziert betrachtet werden. Aufgrund der föderalen Struktur organisieren die Kantone ihre verschiedenen Aufgabenbereiche – etwa Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit oder öffentliche Ordnung – unterschiedlich. Manche geben den Gemeinden grosse Autonomie, manche übernehmen den überwiegenden Teil der Aufgaben (und Ausgaben) selbst.

Genf ist ein «zentralisierter» Kanton, der die meisten öffentlichen Dienstleistungen bei sich behält. Die Genfer Finanzverwaltung spricht von einer Kompetenzverteilung zwischen Kanton und Gemeinden im Verhältnis von 80 zu 20. Die meisten anderen Kantone weisen eine viel ausgeglichene Ratio aus. Aus makroökonomischer Sicht ergibt es also Sinn, beim interkantonalen Vergleich die Gemeinden mit einzubeziehen – bei den Einnahmen und Ausgaben, aber auch bei der Schuldenbelastung. In absoluten Zahlen haben unter diesen Gesichtspunkten der deutlich bevölkerungsreichere Kanton Zürich und seine Gemeinden am meisten Schulden.

### Weit über dem Durchschnitt

Das Bild ändert sich allerdings schlagartig, wenn man die Gemeinden ausklammert und vor allem wenn man die – viel aussagekräftigere – Verschuldung pro Kopf anschaut (siehe Grafik). Bei beiden Vergleichen schwingt Genf mit grossem Abstand obenaus. Gemäss Zahlen der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) hatten der Kanton und seine Gemeinden 2016 Bruttoschulden in der

Höhe von 36 971 Franken pro Einwohner – fast drei Mal so viel wie im schweizerweitesten Durchschnitt und immer noch mehr als 10 000 Franken mehr als beim zweitplatzierten Basel-Stadt.

Nach Angaben des Bundesamtes für Statistik verfügt Genf über das viert-höchste Bruttoinlandprodukt (BIP), obwohl der Kanton am äussersten Zipfel der Schweiz «nur» am sechstmeisten Einwohner hat. Die kantonalen BIP sind aufgrund der heiklen Berechnungsgrundlage zwar mit Vorsicht zu geniessen. Dennoch ist klar: Genf ist einer der Wirtschaftsmotoren des Landes, der zudem in den vergangenen Jahren stärker gewachsen ist als der Durchschnitt. Nicht ohne Grund ist Genf im nationalen Finanzvergleich der zweitgrösste Geberkanton.

Wie eine Auswertung der NZZ zeigt, bleiben der Kanton Genf und seine Gemeinden allerdings auch dann unrühmliche Spitzenreiter, wenn man ihre Schulden ins Verhältnis zum BIP setzt. Die Zahlen, welche die EFV in ihrer jährlichen Finanzstatistik veröffentlicht, fallen höher aus, weil sie darin die Bruttoschulden entsprechend der Einwohnerzahl auf die Kantone verteilt. Dies, um die «Gesamtverschuldung der Bürger unter Berücksichtigung aller Staatsebenen aufzuzeigen», so die Finanzverwaltung.

Verwirrung kann auch bei den offiziellen Statistiken des Kantons Genf entstehen, da sie von denjenigen des Bundes abweichen. Im Einklang mit europäischen Richtlinien rechnet die EFV mehr Verwaltungseinheiten ein. In der Summe führt dies dann dazu, dass der Kanton Genf eine um mehrere Milliarden Franken tiefere Bruttoschuld ausweist als der Bund. Laut der Genfer Finanzdirektion haben Kanton und Gemeinden 2016 236 Millionen Franken für die Schuldzinsen ausgegeben. Weil die Anleihen mittlerweile zu tieferen Konditionen gemacht werden könnten, falle der Betrag für 2018 «substanziell tiefer» aus; er stehe aber noch nicht definitiv fest.

Schaut man sich die Entwicklung der Schulden Genfs an, fallen drei Phasen auf: In den 1990er Jahren kumulierten sich laufend – und rasant – strukturelle Defizite. 2003 erhöhte sich die Schuldenlast auf einen Schlag, weil die Genfer Kantonalbank mit einer Finanzspritze von nicht weniger als 2,3 Milliar-

den Franken saniert werden musste. Und seit der zweiten Hälfte der nuller Jahre wirkt sich das aus, was Genfs Finanzdepartement als «Aufholen des Investitionsrückstandes» bezeichnet.

Spruch: Seit einigen Jahren laufen in Genf Infrastrukturprojekte, die für die Boomregion des «Arc lémanique» zwar wichtig, aber eben auch teuer sind. Zu nennen sind die S-Bahn-Verbindung ins französische Annemasse, ein hauptsächlich unterirdisch geführter neuer Autobahnanschluss, die Vergrößerung des Flughafens sowie der Ausbau der Schulen und des öffentlichen Verkehrs. Diese Investitionen seien unabdingbar, um mit der Wirtschaftsentwicklung Schritt zu halten, so das Finanzdepartement.

### Was ist in der Waadt anders?

Genfs Verwaltung registriert «mit Befriedigung», dass die Bruttoschulden «seit einigen Jahren unter Kontrolle sind». In der Tat sind sie jüngst nicht angestiegen, konnten aber auch nicht merklich reduziert werden. Dass es auch anders ginge, zeigte ausgerechnet der grosse Nachbar, die Waadt. Mitte der nuller Jahre ächtzte sie unter ihrer Schuldenlast und erhielt von der Agentur Standard & Poor's das schlechteste Rating aller Kantone. Gemäss den Bundeszahlen haben die Waadt und ihre Gemeinden seither mehr als 6 Milliarden Franken – oder fast die Hälfte – der Schulden abgebaut. Betrachtet man nur die Kan-

### Höchste Steuerbelastung der Schweiz

fum. · Genf ist ein finanzpolitischer Sonderfall: Der Kanton hat nicht nur hohe Schulden, sondern auch hohe Ausgaben – und hohe Einnahmen. Gemäss einer Übersicht der Eidgenössischen Finanzverwaltung ist die Steuerbelastung in Genf sogar die höchste der Schweiz. Der sogenannte Steueraus schöpfungsindex gibt an, dass der Kanton Genf und seine Gemeinden insgesamt 34 Prozent ihres Ressourcenpotenzials durch Fiskalabgaben ausschöpfen. Der schweizerweiteste Schnitt liegt bei 24,9 Prozent.

Ein weiterer Aspekt der Sonderrolle Genfs: Kein Kanton verfügt über eine

tonsebene, sind sie sogar um über zwei Drittel zurückgegangen.

Das Genfer Finanzdepartement weist darauf, dass die Waadt «nicht alle Besonderheiten eines Stadtkantons» aufweise. Denn wie sich zum Beispiel auch im Fall von Basel-Stadt zeigt, haben urbane Kantone im Vergleich zu peripheren zwangsläufig höhere Lasten zu tragen (etwa Sozial- oder Gesundheitskosten). Zudem sei die Waadt im Gegensatz zu Genf kein Nettozahler in den nationalen Finanzausgleich, so das Amt. Was hinzukommt: Die regelmässigen Gewinnausschüttungen der Nationalbank, wie auch der einmalige Zustupf aufgrund des Goldverkaufs, berechnen sich zum Leidwesen Genfs auf Basis der Bevölkerungszahl und nicht auf Basis der Ausgaben pro Einwohner.

Denn genau dies ist eines der Probleme Genfs: Die Wirtschaft des Kantons floriert zwar, und die steuerliche Ausschöpfung ist gar die höchste der Schweiz (siehe Kasten), aber die Ausgaben befinden sich im landesweiten Vergleich ebenfalls auf Rekordniveau. Wie eine Übersicht des Genfer Statistikamts zeigt, gibt der Kanton pro Einwohner deutlich mehr aus als der Durchschnitt. Besonders ins Gewicht fallen die Ausgaben für Bildung, Sozialvorsorge und Gesundheit.

Ein Ende dieser ausgabenfreudigen Politik ist nicht abzusehen – im Gegenteil. Im Dezember hat der Genfer Grosse Rat das Budget für 2019 gutgeheissen, das gegenüber dem Vorjahr eine Ausgaben-

steigerung von 3 Prozent vorsieht. Möglich gemacht hat es die Allianz zwischen den Linksparteien und dem rechtspopulistischen Mouvement Citoyens Genevois, zum Missfallen der FDP und ihres Fraktionschefs Cyril Aellen. «Wenn die Wirtschaft so brummt wie derzeit, soll man zwei Dinge tun: langfristige Investitionen tätigen und Schulden abbauen, aber nicht die laufenden Ausgaben erhöhen. Leider tun wir genau Letzteres», sagt er. Aellen befürchtet, dass der Handlungsspielraum stark eingeschränkt wäre, wenn das Wirtschaftswachstum eines Tages einbrechen sollte. Dann blieben nur noch drastische Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen, was angesichts der bereits jetzt hohen Fiskalbelastung «sehr gefährlich» sei.

### Schuldenreduktion geplant

Von solchem «Alarmismus» hält Jean-Luc Ferrière, Sekretär der Gewerkschaft SIT, nicht viel. Er hat schon so manchen Arbeitskampf ausgefochten und 2015 gegen Sparmassnahmen des Kantons so lange Streiks organisiert, bis dieser einknickte. Seiner Einschätzung nach laufen viele öffentliche Dienste auf dem Zahnfleisch, so dass eine Budgeterhöhung etwa im Gesundheits- oder Bildungssektor eine Notwendigkeit sei. Die höheren Ausgaben seien nichts anderes als das Spiegelbild der gesellschaftlichen Entwicklungen und der alternden Bevölkerung. Und die hohen Bruttoschulden seien eine Folge von zwei Teuerversenkungen rund um die Jahrtausendwende. «Ohne sie nähmen wir jährlich eine Milliarde Franken mehr ein», so Ferrière.

Das Genfer Finanzdepartement sagt, dass die neue Vorsteherin Nathalie Fontanet (fdp.) eine Reduktion der Schulden «auf 8 bis 9 Milliarden Franken» anstrebe (auf Basis der Genfer Berechnungsmethode). Doch vorderhand zeichnet sich das Gegenteil ab, denn gleich zwei politische Grossprojekte stecken in der Pipeline: die kantonale Umsetzung der Unternehmenssteuerreform und die Sanierung der Genfer Pensionskasse. Zwei Gemeinsamkeiten weisen die Projekte auf: dass sich die Genfer Bevölkerung am 19. Mai zu ihnen äussert und dass sie den Genfer Schuldenberg zumindest kurzfristig weiter anwachsen lassen werden.